

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 12

Rubrik: Der Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und -formen (kollektives Eigentum in den Aktiengesellschaften, Vordringen der öffentlichen Hand bzw. des staatlichen Wirtschaftssektors usw.) festzustellen. Die Frage der Eigentumsformen sei zudem heute nicht mehr das entscheidende Kriterium. Vielmehr ginge es um die Frage der gesellschaftlichen Kontrolle des Produktionsprozesses des Kapitals.

Wie Goldmann und Imre Vajda stellte auch Wyrozembski fest, dass sich in den osteuropäischen Ländern der Konflikt zwischen Wissenschaftlern und Partei- und Regierungsfunktionären zusehends vertiefe. Während letztere noch immer einem Pragmatismus in der Wirtschaftsplanung huldigten, verstanden die Ökonomen unter Planung eine «Optimalisierung der Wirtschaftsprozesse», eine Rationalisierung der gesamtwirtschaftlichen Abläufe mit Hilfe der Programmierung. Zwar sei die volkswirtschaftliche zentrale Planung in Polen immer noch sehr unwissenschaftlich, aber die Vorstellungen der Wissenschaftler würden sich, wenn auch nicht heute oder morgen, so doch auf die Dauer durchsetzen. Imre Vajda versuchte insbesondere eine Lanze für die Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West zu brechen. Hierbei räumte er ein, dass die reinen Marktbeziehungen im Ost-West-Verkehr nicht sonderlich entwicklungsfähig seien! Dies liege an den gegenwärtigen Exportstrukturen und auch daran, dass ein Land wie Ungarn nur wenig moderne marktfähige Industrieerzeugnisse im Westen anbieten könne. Die Zukunft der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen — und übrigens auch die der blockinternen Wirtschaftsbeziehungen — liege auf dem Gebiet der industriellen Kooperation, und zwar «ohne Einschaltung von staatlichen Behörden und Organisationen, sondern ausschließlich zwischen den Unternehmungen». Die Zeit des intensiven Warenaustausches sei für beide Seiten vorbei.

Besonders eingehend befasste sich Vajda mit dem Problem der Lockerung der Abhängigkeit der ost-europäischen Staaten von der Sowjetunion. Er forderte die westlichen Länder auf, die europäischen Volksdemokratien nicht in die Alternative pro oder contra UdSSR zu drängen, denn sonst bestünde die Gefahr, dass diejenigen Ost-europäer, die sich für enge Kontakte mit dem Westen einsetzen, in ihren eigenen Reihen politisch denunziert würden.

Ungarn verdanke seine Industrialisierung der Sowjetunion. Zwar sei der Preis dafür ausserordentlich hoch gewesen, und man habe viele gravierende Fehler gemacht, «aber der beschrittene Weg war richtig». Daneben wolle aber Ungarn seine traditionelle Orientierung nach Deutschland und nach dem Westen wieder aufnehmen. Es suche — wie andere osteuropäische Länder auch — eine Synthese zwischen Ost und West. Theoretisch interessant waren auch die Ausführungen des jugoslawischen Ökonomen Orthaber über Probleme der Planung optimaler mengenmässiger Produktionsstrukturen. Dagegen fielen die Darlegungen des Sofioter Professors Dynko Toscheff vergleichsweise schwach aus. Toscheff erwies sich vor allem in den Diskussionen als Politökonom, der noch stark mit den überkommenen sozialistischen Dogmen verknüpft ist.

Zusammenfassend lässt sich mit gutem Grund sagen, dass dieses Symposium in St. Gallen zu fruchtbaren Gesprächen geführt hat.

Hans Jörg Pommer

Der Kommentar

Die diesjährige Session des Weltfriedensrates findet in Genf statt. Was ist diese Organisation? Wie es in der marxistisch-leninistischen politischen Literatur offiziell heißt, kann die Kommunistische Partei die vor ihr stehenden Aufgaben nur mit «Verbündeten» erfüllen, welche ihr als «Transmissionsriemen» (offizieller Ausdruck der Parteisprache) zu den Massen dienen. Die innenpolitischen Transmissionsriemen sind: Gewerkschafter, Kommunistischer Jugendbund, der Freiwillige Verband für die Zusammenarbeit mit der Armee, Luftwaffe und Kriegsmarine (DOSAAF) usw., die aussenpolitischen sind hingegen die sogenannten «internationalen demokratischen Organisationen». Unter den «internationalen demokratischen Organisationen» spielt die «Weltbewegung der Friedenskämpfer» die grösste Rolle. Der Vorbereitungskongress zur Weltfriedensbewegung wurde im August 1948 in Breslau abgehalten, wo ein internationales Friedenskomitee gegründet wurde. Dieses bereitete den ersten Weltfriedenskongress im April 1949 erst für Paris und dann in Prag vor (die französischen Behörden erteilten den kommunistischen Friedensfunktionären keine Visa). Dieser Kongress errichtete ein ständiges Komitee unter dem Präsidium von F. Joliot-Curie. Da die Sowjetunion damals noch keine Atomwaffen besass, rief die erste Session dieses Komitees im März 1950 (Stockholm) einen Aufruf an die Völker der Welt, die Atomwaffen zu verbieten. Bald darauf, im November 1950, wurde der zweite Weltfriedenskongress in Warschau abgehalten (nachdem die Abhaltung in England gescheitert war). Dieser Kongress errichtete den Weltfriedensrat, welcher seitdem zahlreiche Sitzungen und Sessionen abhielt.

Die Weltfriedensbewegung fasst Menschen verschiedener religiöser und politischer Auffassung, unterschiedlicher Gesellschaftsschichten und Klassen zusammen und ist die breiteste prokommunistische Bewegung der Gegenwart. Ihre Organe sind: der erwähnte Kongress, der Weltfriedensrat, ferner das Büro und das Präsidium des Weltfriedensrates. Vorsitzender des Präsidiums war erst Joliot-Curie (gest. 1958), dann Prof. J. Bernal (England). Der Sitz befindet sich in Prag.

Die Bewegung hat nationale Abteilungen (nationale Friedensräte und -komitees) sowohl im Westen als auch im Osten, wobei in den östlichen nationalen und lokalen Friedenskomitees die «Friedenspriester» eine grosse Rolle spielen. Diese Friedenskomitees sind Mitglieder der gesetzmässig und statutengemäss unter kommunistischer Führung bestehenden Volksfronten.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit dieser «internationalen demokratischen Organisation» können folgende Fakten hervorgehoben werden: Noch 1955 kämpfte der Weltfriedensrat gegen die Atombombe, und seinen Wiener Aufruf vom Januar 1955 unterzeichneten 656 Millionen Menschen. Seitdem aber auch die Sowjetunion Kernwaffen besitzt, konzentriert sich die Tätigkeit der Organisation immer mehr auf den Kampf gegen Kolonialismus und Neokolonialismus (mit

der Ausnahme des sowjetischen Kolonialismus in Europa und Asien), auf Friedensaktionen usw. Folgende Beispiele zeigen die Einstellung der Organisation gegenüber Frieden und Abrüstung: Vom 9. bis 14. Juli 1954 wurde der Weltfriedenskongress für allgemeine Abrüstung in Moskau abgehalten. Die Teilnehmer wollten gegen die atomare Aufrüstung im allgemeinen protestieren und nicht nur gegen jene der USA. Aus diesem Grunde wurde ihnen die öffentliche Kundgebung polizeilich untersagt. Ebenso wiesen die Organisatoren am Jugendfestival Helsinki eine pazifistische Gruppe zurück, als diese mit einem Transparent gegen westliche und östliche Atomversuche protestieren wollte.

Die sowjetisch gefärbte Weltfriedensbewegung unterhielt bis zur letzten Zeit enge Beziehungen mit der internationalen Konferenz für Frieden ohne Bomben, welche 1962 von Nkrumah in Accra gegründet wurde. Heute weiss man, dass diese verbündete Organisation der Friedensbewegung und deren Gründer und Leiter, Nkrumah, Ausbildungslager für Kriegsvorbereitungen unterhielt.

Damit man diesen Widerspruch verstehen kann, muss man einige marxistisch-leninistische Begriffe kennen:

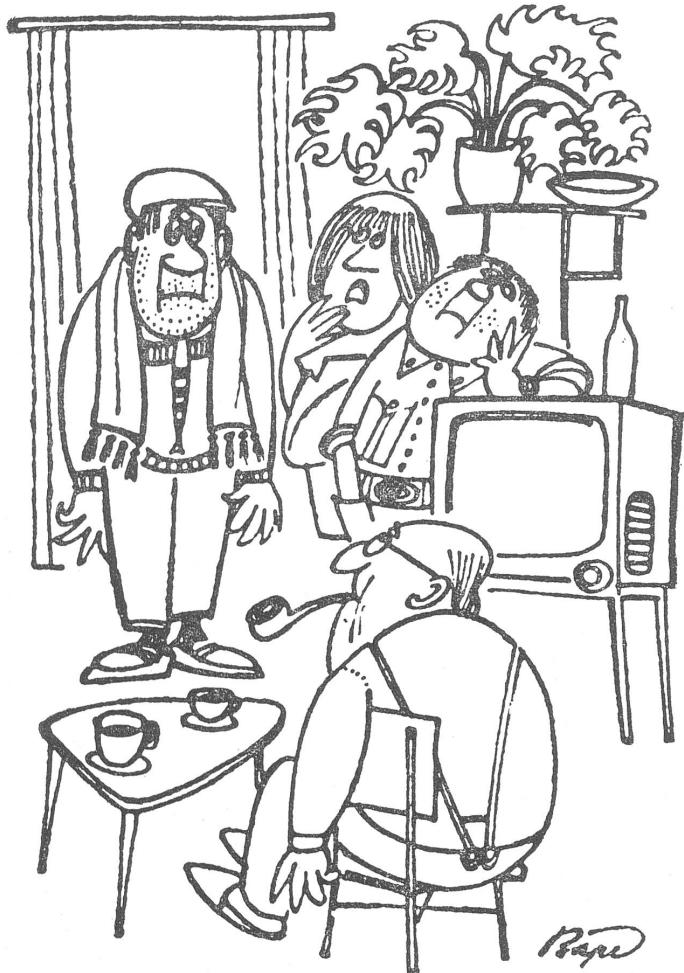
Frieden und gerechter Krieg widersprechen einander nicht, im Gegenteil. Aufgabe der Friedensbewegung ist die Unterstützung der gerechten Kriege. Gerechte Kriege sind die Klassenkämpfe sowohl im nationalen als auch im internationalen Massstab. In diesem Sinne ist der Aggressor nicht der Angreifer, sondern jener Angegriffene, der zu den Waffen greift, um sich im nationalen oder internationalen Klassenkampf gegenüber dem «Volk» zu verteidigen. Friedensbewegung und internationale Frontorganisation müssen den «Völkern der Welt» helfen, wobei zu betonen ist, dass «Volk» nur jener Teil der Bevölkerung ist, welcher sich für den «Fortschritt» einsetzt. Fortschritt ist aber der Sozialismus-Kommunismus, dessen Sieg eine «objektive Gesetzmässigkeit» ist. In diesem Sinne verpflichteten Programm und Statut der KPdSU vom 31. 10. 1961 die sowjetischen Kommunisten, den «Völkern aller Länder» behilflich zu sein, und sichert im aussenpolitischen Teil Hilfe und Unterstützung allen «pazifistischen» Elementen des Auslandes zu. Im innenpolitischen Teil steht hingegen kein Wort über Pazifismus; in den «sozialistischen» Ländern wird er als Beeinträchtigung der Verteidigungsmacht zu einem der schwersten staatsfeindlichen Delikte erklärt.

Frieden ist also — im marxistisch-leninistischen Sinne — die Vorbereitung zur endgültigen Abrechnung mit dem Klassenfeind, wie auch die Politik der friedlichen Koexistenz günstige Voraussetzungen für die sozialistische Revolution im nationalen und internationalem Massstab herzuführen hat.

Die Friedensbewegung wird zur Hauptsache von der Sowjetunion finanziert. Zu diesem Zweck wurde im April 1961 der Friedensfonds gegründet, unter dem Präsidium des sowjetischen Schriftstellers N. S. Tichonow. Aehnliche Friedensfonds, Friedensanleihen usw. gibt es auch in den Volksdemokratien. Merkwürdigerweise führte die Volkstanzgruppe von Mojseejew eine Tanztournee zugunsten des Friedensfonds durch (sie gab 1960 auch in der Schweiz Vorstellungen).

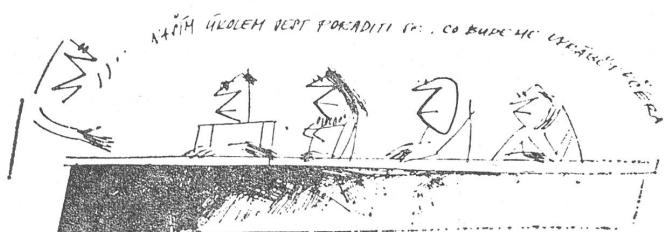
P. Sch.

Reformen inspirieren

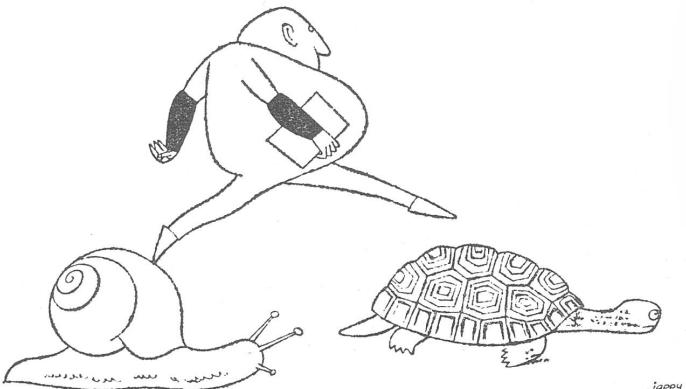


Gesichtspunkte für eine Einladung: «Wo ist der Vorarbeiter?» — Den nehmen wir nicht mehr mit. Seine Anwesenheit hat ja keinen Einfluss mehr auf die Prämien.» («Rude Pravo», Prag)

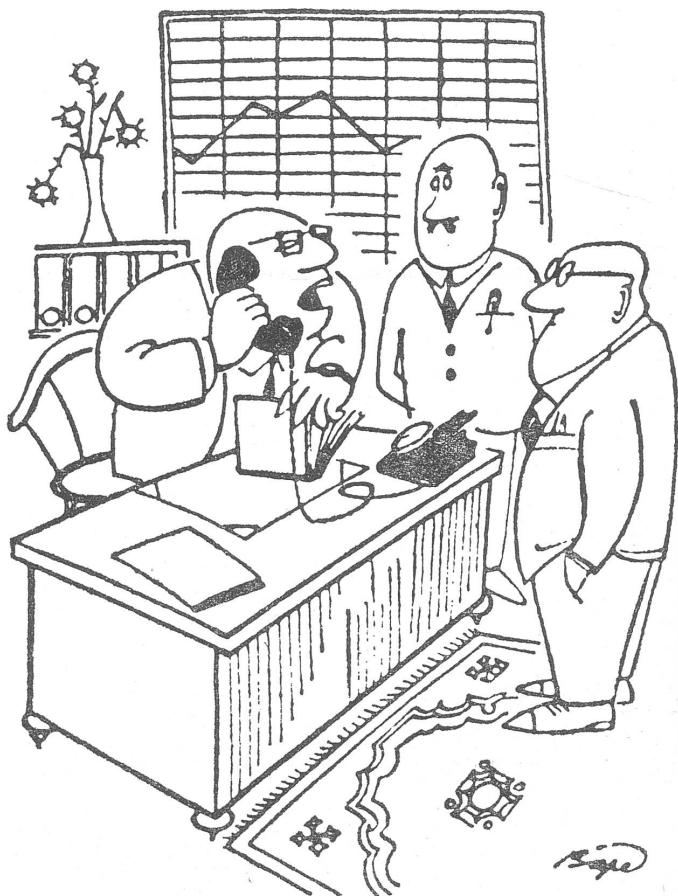
Mit den Wirtschaftsreformen wurden auch die Prämiensysteme verändert — was seine Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben hat.



«Heute müssen wir darüber diskutieren, was wir gestern produzieren werden.» («Hospodarske Noviny», Prag)



Wirtschaftsreform: Der grosse Sprung nach vorne («Dikobraz», Prag)



«Wir haben die neue Methode vor sechs Monaten in den Betrieb eingeführt. Würden Sie uns jetzt jemanden schicken, der sie der Belegschaft erklären könnte?» («Rude Pravo», Prag)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telefon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementenverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr, Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./ DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24618 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.